



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Reinhold Strobl, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Natascha Kohonen, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl SPD**

Nachtragshaushaltsplan 2016;

hier: Versteckte Verschuldung reduzieren:

**Nachhaltigere Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau inklusive Radwege entlang Staatsstraßen und Instandsetzung von Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 sowie Anl. A Tit. 770 06 und Tit. 772 08)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Mittel im Kap. 03 80 (Staatlichen Bauämter) werden für den Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen im Tit. 750 00, für den Bau von Radwegen in der Anl. A Tit. 770 06 und für die Erneuerung und Instandsetzung von Brücken in der Anl. A Tit. 772 08 im Haushaltsjahr 2016 insgesamt von 250.000,0 Tsd. Euro um 20.000,0 Tsd. Euro auf 270.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Finanzierung der 20.000,0 Tsd. Euro erfolgt durch eine entsprechende Senkung der Schuldentilgung (Kap. 13 06 TG 51 – 64), denn verstärkte Investitionen in Staatsstraßen und Brücken senken die versteckte Staatsverschuldung.

Begründung:

Seit 2011 ist der Sanierungs- und Investitionsbedarf bei Staatsstraßen in damaliger Höhe von 720.000,0 Tsd. Euro durch Substanzverzehr von Straßen noch angewachsen, zudem sind Tiefbauleistungen durch gute Konjunktur und die Sonderkonjunktur durch die Hochwasserschäden 2013 weiterhin teurer geworden. Darüber hinaus steigt der Sanierungs- und Instandsetzungsbedarf bei Brücken weiter an. Die erforderlichen Mittel müssen deshalb angehoben werden, auch für zusätzliche Radwege entlang Staatsstraßen. In der Verbandszeitschrift „Der Steuerzahler“ führte der Ministerpräsident in seinem Beitrag „Bayern – starke Zukunft für ein starkes Land“ aus: „Auch marode Brücken und Straßen sind versteckte Staatsverschuldung. Das wollen wir nicht.“ Die zusätzlichen Mittel sollen in diesem Sinne auch dafür dienen, die versteckte Verschuldung des Freistaats abzubauen.